



Foto: Michael Breyer

Zitat Dr. Thomas Böhm (ehem. Betriebsrat Katharinenhospital Stuttgart):

„Die Krankenhaus-Beschäftigten wollen Leistungen am Patienten nicht verweigern - das müssen sie aber. Das führt zu psychischen Dissonanzen: Entweder sie verabschieden sich von ihrem Berufsethos, sie stumpfen ab oder gehen aus dem Beruf raus.“

Deshalb:

100.000 Stellen mehr in deutschen Krankenhäusern!



Öffentliche Podiumsdiskussion
Donnerstag, 8. Dezember, 19 Uhr
Arbeiterzentrum Böblingen
(katholische Betriebsseelsorge, Sindelfingerstr. 14)

Finanzierung der Kliniken: Wie kriegen wir den Personalmangel im Krankenhaus beseitigt?

Es diskutieren

Eintritt frei!

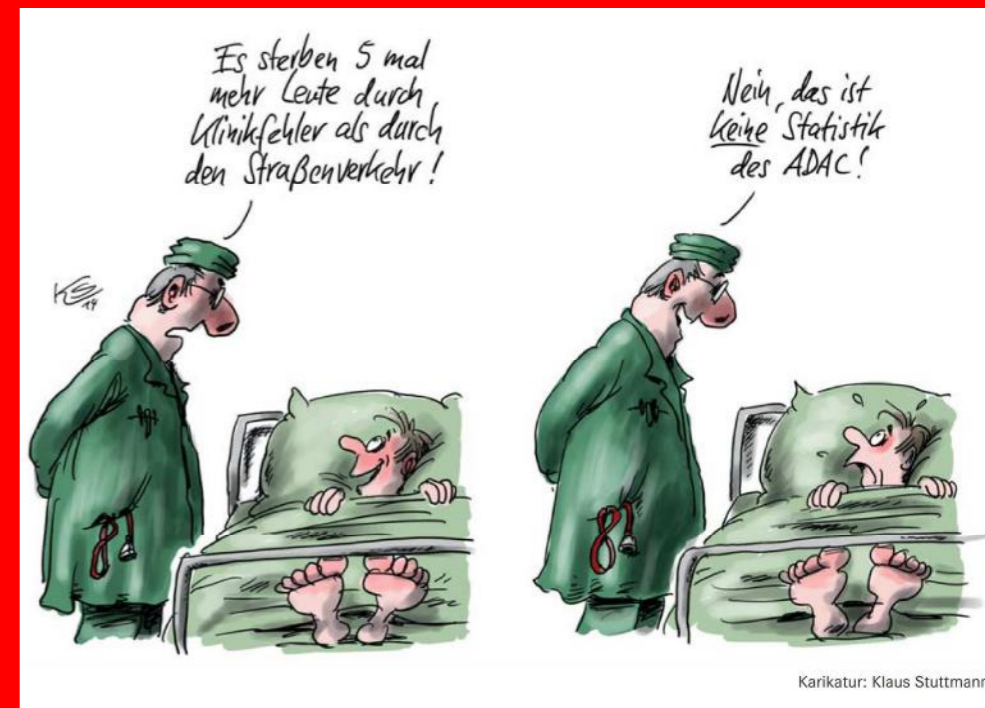
Eine Vertreterin des Sozialministeriums
angefragt

Christofer Hermann, AOK
angefragt

Harald Weinberg MdB
Fraktion DIE LINKE, Krankenhaus-politischer Sprecher

Peter Stöckel
Betriebsrat Krankenhaus Sindelfingen

Moderation **Richard Pitterle MdB**



Karikatur: Klaus Stüttmann

**Personalmangel
im Krankenhaus
gefährdet Ihre
Gesundheit**

DIE LINKE.

DIE LINKE. Kreisverband Böblingen
Wilhelmstraße 24, 71034 Böblingen
v.i.S.d.P.: Stefan Dreher

**Deshalb:
100.000 Pflegekräfte mehr in
deutschen Krankenhäusern.**



100.000 Pflegekräfte mehr

In unseren Krankenhäusern muss immer weniger Pflegepersonal immer mehr Patientinnen und Patienten versorgen — in immer kürzerer Zeit. Die Ursache: Krankenhäuser werden mehr und mehr wie Unternehmen geführt. Die Finanzierung durch Krankenkassen und Länder deckt den Bedarf nicht. Privaten Kliniken geht es vor allem um Profite. Leidtragende sind die Patientinnen und Patienten sowie die Beschäftigten. **Insgesamt fehlen in Deutschland 100.000 Pflegekräfte**, zudem Ärzte und technisches Personal.

Wir wollen, dass die Pflege in der Gesellschaft besser anerkannt wird: Dafür muss sie besser bezahlt werden. Schluss mit Befristungen und Leiharbeit. Mehr Pflegekräfte heißt auch: weniger Stress bei der Arbeit. Auszubildende dürfen nicht auf den Personalschlüssel angerechnet oder als Reserve für Nachtschichten genutzt werden. Und die Ausbildung muss attraktiver werden. Anfang des Jahres hat das Bundeskabinett eine Reform der Pflegeberufe beschlossen. Die Ausbildung soll vereinheitlicht werden. Doch das reicht nicht.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- ★ Wir wollen eine vergütete duale Ausbildung. Zwei Jahre soll die Ausbildung aller Pflegeberufe gemeinsam erfolgen, im letzten Jahr gibt es eine Spezialisierung. Schließlich ist Kinder- und Altenpflege nicht dasselbe.
- ★ Wir wollen, dass gesetzlich festgelegt wird, wie viele Pflegekräfte mindestens pro Patient zur Verfügung stehen müssen. Das bedeutet: Eine gesetzliche Personalbemessung.
- ★ Für eine angemessene Versorgung fehlen derzeit 100 000 Pflegekräfte! Die Stellen müssen bundesweit geschaffen, frei stehende Stellen sofort besetzt werden.
- ★ Krankenhäuser in öffentlicher Hand: Statt sie kaputt zu kürzen, müssen Kliniken bedarfsgerecht finanziert werden!

DIE LINKE kämpft gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di für bessere Arbeitsbedingungen und weniger Stress für die Beschäftigten. Und für eine bessere Ausbildung.

Denn: Mehr Personal im Krankenhaus ist besser für Alle. Das muss drin sein.



Harald Weinberg MdB,
Sprecher für Krankenhauspolitik und Gesundheitsökonomie der Fraktion DIE LINKE

Der Tarifvertrag für mehr Personal an der Berliner Charité ist ein wichtiges Signal für die ganze Republik

"Der Tarifvertrag für mehr Personal im Krankenhaus ist eine Meisterleistung gewerkschaftlicher Arbeit. Ich beglückwünsche die Kolleginnen und Kollegen zu diesem bahnbrechenden Abschluss, dessen Bedeutung weit über die Charité hinausgeht", erklärt Harald Weinberg. Er fährt fort:

"Überall in der Republik ermutigt der Abschluss Pflegekräfte, die unhaltbaren Zustände in den Krankenhäusern nicht länger hinzunehmen, sondern sich zu organisieren und aktiv Widerstand gegen den Personalmangel zu leisten. Auch die Krankenhaus-Warnstreiks der letzten Woche sind ein Vorbote des kommenden Pflegeaufstands: Ab Herbst werden wir weitere Streiks in Krankenhäusern erleben, in denen die Beschäftigten für mehr Personal kämpfen – der Funke der Charité springt in die ganze Republik über. Die Beschäftigten handeln damit nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Patientinnen und Patienten, denn Personalmangel gefährdet die Gesundheit, bis hin zu Menschenleben.

Für den Pflegenotstand in den Krankenhäusern ist die Bundesregierung verantwortlich. Anstatt eine gesetzliche Personalbemessung einzuführen, hat sie ein mickriges Pflegestellenförderprogramm beschlossen, mit dem in den nächsten drei Jahren nicht einmal fünf Prozent der fehlenden 100.000 Pflegestellen finanziert werden können. Aus politischer und moralischer Sicht ist das unterlassene Hilfeleistung.

Mit den kommenden Pflegestreiks wird der Druck auf die Bundesregierung steigen: Sie trägt die Verantwortung dafür, dass die Beschäftigten selber für mehr Personal kämpfen müssen."

Mehr Personal für Berliner Uniklinik Die Charité schreibt Tarif-Geschichte

(Zitat: Der Tagesspiegel vom 28. April 2016)

Erstmals wird an diesem Freitag in einer Klinik ein Tarifvertrag unterzeichnet, der Mindestbesetzungen auf den Stationen vorschreibt.

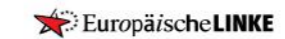
An der Charité wird heute der bundesweit erste Tarifvertrag unterzeichnet, der einer Klinik verbindliche Personalschlüssel vorschreibt. Damit geht einer der ungewöhnlichsten Tarifkonflikte des Landes zu Ende. Die Universitätsklinik wird nun nach heftigem Streit mit den in Verdi organisierten Beschäftigten mehr Pflegekräfte anstellen: Intern wird von 220 Neuen ausgegangen, bislang arbeiten 4300 Pflegekräfte an der landeseigenen Charité.

Die Gewerkschaft hatte über Jahre nicht zuvorderst mehr Lohn, sondern eine Mindestbesetzung auf den überlasteten Stationen gefordert. Der Charité-Vorstand lehnte das ab, weil der Personalbedarf von der jeweiligen Zahl und dem Zustand der Patienten abhängt – und weil die für die Personalkosten zuständigen Krankenkassen nicht mehr Geld in Aussicht stellten.

Wenn Sie der Meinung sind, dass es jetzt aber Zeit wird, endlich der Linken beizutreten, dann ist jetzt die Gelegenheit günstig: Füllen Sie Ihr Eintrittsformular aus und schicken Sie es an **DIE LINKE. Kreisverband, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen.** Dann sind Sie bei der Partei dabei, die leidenschaftlich für soziale Gerechtigkeit streitet in den Städten, im Landkreis, im Ländle, im Bund und in Europa.

Unser Vorschlag für einen angemessenen Monatsbeitrag:

- 5 Euro für Erwerbslose, Studierende oder Geringverdiener
- 10 Euro bei Einkommen bis 2.000 Euro netto
- 20 Euro bei Einkommen ab 2.000 Euro netto
- Oder gerne mehr.



Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname*

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Strasse* Hausnummer* Geburtsdatum*

PLZ* Ort* Telefonnummer

Bundesland* E-Mail-Adresse

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und der innerparteilichen Kommunikation erhoben, verarbeitet und genutzt.

Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach §2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentliche Bekanntmachung bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum Unterschrift

*) Pflichtfelder

Mit dieser Bankeinzugsermächtigung berechtige ich die Partei DIE LINKE, bis auf Widerruf Zahlungen des Mitgliedsbeitrages von unten genanntem Konto mittels Lastschriftinzug einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut angewiesen, die auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen kann, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangt werden. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.*

Name, Ort des Geldinstituts/der Bank

IBAN
BIC

Der abzubuchende Mitgliedsbeitrag für **DIE LINKE** beträgt _____ Euro/Monat.

Die Abbuchung soll ab Monat _____ erfolgen.

Der Jahresbeitrag für die **Europäische LINKE** (EL) beträgt _____ Euro (Mindestjahresbeitrag 6 Euro), und ist jeweils im Monat Mai abzubuchen.

Die Bank ist zur Einlösung nicht verpflichtet, wenn keine Deckung vorhanden ist.

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Ort, Datum Unterschrift des Mitglieds